

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 58 (1978)
Heft: 10

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkt

WAS HEISST «POLITISCH FORTSCHRITTLLICH»?

Wenn Wahlen vor der Tür stehen, dann machen sich zunächst die Wahlstrategen, später auch die Kandidaten und schliesslich die Wähler ihre Gedanken darüber, welche «Plattform» denn nun die richtige sei, das heisst welche Art von Programm die bestmögliche Formulierung der eigenen Absichten darstelle, um auch an eine grösstmögliche Zahl von Bürgern herangetragen und damit politisch wirklich relevant werden zu können. Dabei lassen sich selbst unter idealistischsten Vorzeichen Schlagworte – oder philosophisch ausgedrückt: Leerformeln – nicht immer unterdrücken. Die Sprache der Politik kommt offensichtlich nicht ohne Leitbegriffe aus, die allgemein ansprechen und dabei der individuellen Phantasie trotz allem viel Spielraum lassen.

Eines dieser Schlagworte ist seit Jahrzehnten «sozial». Niemand wagt, dieses nicht als Aushängeschild zu verwenden. Das wäre nicht weiter schlimm, wenn es nicht immer mehr in einer ganz bestimmten Art ideologisch eingefärbt wäre: Es ist der Linken weitgehend gelungen, dieses Schlagwort fast zum Synonym für sozialistisch zu machen. Damit ist das latente, nicht präzis artikulierte Empfinden provoziert, «sozial» heisse zum vornehmerein und ausschliesslich mehr Umverteilung mit dem *Staat* als Treuhänder, und «soziale Politik» be-

schränke sich im übrigen auf die Sicherstellung möglichst vieler rein materieller Vorteile. Dabei hat «sozial» durchaus auch eine eminent ethische Komponente in dem Sinne, dass der Begriff das Ideal der grösstmöglichen Selbstverantwortung nicht nur nicht ausschliesst, sondern ausdrücklich mitenthält.

Ähnliches ist zum viel gebrauchten und viel missbrauchten Schlagwort vom Fortschritt zu sagen. Auch hier kommt normalerweise sofort der Begriff des Sozialen mit ins Spiel, wogegen gar nichts einzuwenden wäre, wenn «sozial» nicht im oben angeführten Sinne ideologisch verfremdet wäre. Unter den heutigen Umständen aber erscheint vielfach nur als fortschrittlich, wer oder was zugleich sozial im sozialistischen oder doch rosaroten Zuschnitt ist. So kommt es, dass durchaus bürgerliche Parteien sich immer wieder zu quasi-sozialen Zugeständnissen im allzu «linken» Sinne verleiten lassen, nur um nicht den politischen Mühlstein eines «reaktionären» Etiketts umgehängt zu bekommen. Fortschritt ist mit andern Worten zu einem gefährlichen Schlüsselbegriff politischer Konfrontation geworden, der zu partieller Blindheit verleitet. In seiner sozial-technologischen Einseitigkeit lässt er leicht vergessen, dass Fortschritte in der Lebensqualität keineswegs immer gleichbedeutend mit

«Noch mehr Staat» sein müssen. Zur Lebensqualität gehört nach unserem politischen Selbstverständnis vor allem auch die Freiheit zur persönlichen Entfaltung, die gekoppelt ist mit der Selbstverantwortung. In diesem Sinne kann also – um im heutigen Jargon zu

bleiben – eine «konservative» Politik unter Umständen sehr viel fortschrittlicher sein als der «fortschrittliche Sozialismus» unserer Tage.

Richard Reich

GESPALTENER DEVISENMARKT – EINE LÖSUNG?

Es ist verständlich, dass die Exportindustrie, die einen unablässigen Kampf mit den Wechselkursen austrägt, nach Möglichkeiten Ausschau hält, ihre Lage zu erleichtern. Der Anpassungsdruck ist seit dem Aufwertungsschub, in den der Franken während der Sommermonate geraten war, wiederum erheblich gestiegen. Das konjunkturelle Stimmungsbild hat sich deshalb verdüstert. Die Gefahr von neuen Beschäftigungseinbrüchen wird ernst genommen. Der Bundesrat sieht sich einem *steigenden politischen Druck* ausgesetzt, etwas «Tapferes» zu tun. Die Wirtschaftspolitik kann indessen keine Wunder bewirken. Vielmehr ist die wachsende Zahl von «Empfehlungen», die von der Wirtschaft an die Landesregierung herangetragen werden, als ein Zeichen der zunehmenden Beunruhigung und auch der Ratlosigkeit verstanden werden.

Dass in einem solchen Klima die Vorstellung an Boden gewinnt, *die* wirtschaftspolitische Lösung könne in einer Spaltung des Devisenmarktes bestehen, in der Schaffung eines Finanz- und eines Warenfrankens also, ist zwar nicht überraschend, bei näherer Prüfung jedoch ebenso untauglich wie

so vieles andere. Vorerst wäre ein grundsätzlicher Aspekt ins Licht zu stellen, nämlich die Frage, wie sich eine Devisenbewirtschaftung dieses Ausmaßes mit den Prinzipien einer Marktwirtschaft verträgt. Die Aufteilung des Devisenmarktes in ein Segment mit einem flexiblen Finanzfranken und in ein solches mit einem fixen Handelsfranken, der bei der Notenbank zu einem festen Kurs umgetauscht werden könnte, produziert *Diskriminierungseffekte*: die einen haben sich dem Diktat des Marktes zu unterziehen, die andern beziehen eine Kursprämie bzw. eine Subvention, gehören also zu den Privilegierten. Die einen sind auf einen hohen Kurs veressen, nämlich dann, wenn sie Devisen nachfragen wollen, die andern dagegen auf einen tiefen Kurs, nämlich dann, wenn sie Devisen anbieten. Die Interessenlagen ändern sich rasch. Wo liegt übrigens der «richtige» Kurs des Warenfrankens? Niemand wird ihn zu bestimmen wissen. Willkür beginnt sich breit zu machen. Devisenbewirtschaftung ist mit dem Markt nicht vereinbar.

Die Erfahrung lehrt sodann – und dies ist ein spezieller Aspekt –, dass

sich die beiden Marktsegmente dann nicht mehr gegeneinander administrativ abschotten lassen, wenn die Differenz zwischen den Kursen in die Nähe von 5 % steigt. Es ist mit einiger Sicherheit anzunehmen, dass eine solche Differenz die Lage jener Exportunternehmen, die sich in Bedrängnis befinden, *nicht* grundsätzlich zu ändern vermag. Die Auffassung mithin, dass es sich nicht lohne, für ein Prinzip, nämlich jenes der Marktwirt-

schaft, zu sterben, wird im Blick auf diesen Tatbestand obsolet. Auch eine Verletzung des Prinzips offeriert keine Lösung – ganz abgesehen davon, dass die Schweiz wenig Veranlassung haben kann, auf eine protektionistische Außenhandelspolitik einzuschwenken, die mit Sicherheit von unseren Handelspartnern nicht reaktionslos hingenommen würde.

Willy Linder

WAHLEN ALS POLITISCHE WAFFE

Die Handhabung von Wahlen als Waffe im politischen Kampf ist seit je ein probates Mittel gewesen. Es wurde angewendet in alten und bewährten Demokratien wie in plebisitären Autokratien. Das Instrument allein garantiert noch keinen Erfolg, im Gegenteil, sein Einsatz bringt immer ein gewisses *Risiko* mit sich. Ziel jeder Politik sollte es sein, diese Risiken in den Rahmen einer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zu stellen, welcher die Wahlen zu einem korrekten Kräftemessen um die Gunst der Mehrheit werden lässt und nicht zu einem Kampf um die Existenz verschiedener politischer Richtungen.

Vorbild für solche faire Wahlen ist die auf dem Prinzip des Zweiparteiensystems beruhende traditionelle Demokratie *Grossbritanniens*, in der die Regierung es in der Hand hat, vor Ablauf der reichlich bemessenen fünfjährigen Legislaturperiode vorzeitig Neuwahlen anzuordnen. Das ist als ein Vorteil für die üblicherweise in

einer *Defensivposition* agierenden Inhaber der Macht gedacht, und viele britische Politiker haben in der Vergangenheit dieses Instrument zu nutzen verstanden.

Heute scheint es sich einigermassen verbraucht zu haben. Premierminister *Wilson*, der im März 1966 mit Neuwahlen nach nur anderthalbjähriger Amtszeit eine Verbreiterung seiner parlamentarischen Basis zu erzielen vermocht hatte, ist vier Jahre später über diese Hürde gestolpert und musste sein Amt vorzeitig dem Konservativen *Edward Heath* übergeben. Und auch dieser erlitt eine (wenn auch nur knappe) Niederlage, als er im Februar 1974, mitten im düsteren Winter des Notstandes, der erfüllt war von Arbeitskämpfen, Energiesparen und erzwungener Dreitagewoche, ein Volksverdikt gegen Labour und die Gewerkschaften herbeiführen zu können glaubte. Wiederum kam Wilson zurück nach Downing Street, dieses Mal mit einem *Minderheitskabinett*.

Wenige Monate später, im Oktober 1974, vermochte er seine Position in einer Neuwahl etwas zu festigen. Aber es war kein Erdrutsch, der Labour die Garantie gegeben hätte, gestützt auf eine breite Mehrheit, die komenden Jahre parlamentarisch ungefährdet zu überstehen. Der knappe Vorsprung bröckelte allmählich ab, und heute regiert wiederum ein Minderheitskabinett Labours wie im Frühjahr 1974.

Vor der gleichen Situation wie seine Vorgänger hat in den letzten Wochen Premierminister *James Callaghan* gestanden, dem Wilson im April 1976 sein Amt abgetreten hatte. An sich läuft die Amtszeit des 1974 gewählten Unterhauses noch bis Herbst 1979. Um ein Jahr vorgeschoßene Neuwahlen sind die Regel. Nun aber hat Callaghan den *Überraschungseffekt* auf die andere Seite hin ausgespielt: während jedermann die Auflösung des Parlamentes erwartete und die Konservativen sich bereits auf eine Kampagne eingerichtet und diese entsprechend vorbereitet haben, blies der Regierungschef das ganze ab. Er verzichtete auf einen Husarenritt zugunsten einer *behutsameren Taktik* und nimmt es in Kauf, während vieler Monate im Zwielicht einer Wahlkampfatmosphäre zu leben, die seine Bewegungsfreiheit einzuengen droht. Die nächsten Monate werden zeigen, ob die Spekulationen Callaghans aufgehen oder ob er im Gegenteil durch seinen Entschluss in Zeitdruck und in Zwangslagen gerät, die er durch vorzeitige Wahlen hätte vermeiden können.

Für Grossbritannien mit seinen verwurzelten demokratischen Traditionen bedeutet diese Situation nichts Ungewöhnliches. Wie in andern Ländern

der Einsatz von Wahlen als politische Waffe ganz andere Folgen haben kann, zeigt das Beispiel des *Iran*. Hier hat der Schah, unter dem Eindruck, den Weg einer gewissen Liberalisierung nicht mehr vermeiden zu können, dem Land für das Jahr 1979 freie Wahlen in Aussicht gestellt. Die jahrzehntelange Diktatur des Herrschers, der mit der Armee und seinem Geheimdienst das politische Geschehen in Persien kontrollierte, sollte abgebaut und in demokratische Bahnen gelenkt werden. Wie der Schah selbst erklärte, beurteilt er den von ihm gesteuerten Kurs der ungehemmten wirtschaftlichen Expansion ohne gleichzeitige breite Absicherung in der Bevölkerung als falsch und korrekturbedürftig. Das Versprechen, Wahlen durchzuführen, an denen sich mehrere Parteien würden beteiligen können, sollte ein *Ventil* für die aufgestauten Emotionen sein.

Diese Kalkulation hat sich als verfehlt erwiesen. Das Wahlversprechen blieb ohne starke Resonanz, wahrscheinlich kam es auch zu spät, schon jetzt droht der Damm zu brechen. Die Welle der *Rebellion*, die im Augenblick über das Land hinweggeht, gefährdet die friedliche Entwicklung Persiens, das seinen Weg aus einer feudalen Autokratie zu einem modernen Staat finden muss. Allzu lange hat das Gewicht des monarchischen Absolutismus auf dem Land gelastet, allzu lange sind eigentliche soziale Reformen verzögert worden, und allzu lange wurde die Opposition mundtot gemacht. Das rächt sich nun. In einer solchen Situation ist das Versprechen von Wahlen nur noch eine stumpfe Waffe gegenüber einer Bewegung, die aus zahlreichen Quellen hervorbricht

und die sich nun nicht mehr mit Konzessionen bändigen lässt, die als rein formal empfunden werden.

Wahlen als politische Waffen können zweischneidig sein. Ihr Einsatz im richtigen Moment bleibt eine Kunst, die nicht jeder beherrscht und oft nur lässt es sich ohnehin erst im Nach-

hinein feststellen, ob der Einsatz richtig war. In Grossbritannien freilich geht es nur um einen Wechsel zwischen Regierung und Opposition, in Persien hingegen um das *Überleben* eines Regimes.

Alfred Cattani



Polstermöbel sind Vertrauenssache

In unserer Wohnausstellung zeigen wir Ihnen
eine erlesene Vielfalt der schönsten Modelle.
Ein Besuch lohnt sich!

KNUCHEL + KAHLAG

Möbel und Innenausbau

Innenarchitektur – Möbel- und Bauschreinerei – Polsterei – Nähatelier
8001 Zürich, Rämistr. 17, Tel. (01) 34 53 53